beeinträchtigungsspezifische/ behinderungsspezifische Integrationshilfe gem. 35a SGB VIII i. V. m. §§ 112, 113 SGB IX

1.	Allgemeine Beschreibung der Leistung	Eine beeinträchtigungsspezifische/ behinderungsspezifische Integrationshilfe soll unter Beachtung des jungen Menschen in den unterschiedlichen Entwicklungsbereichen eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe am		
			inschaft ermöglichen oder erleichtern. Die Bezugspersonen sollen befähigt werden, den jungen	
		Menschen dabei zu unterstützen.		
2.	Gesetzliche Grundlagen der	SGB VIII	Sozialgesetzbuch 8. Buch	
	Leistung	§ 1	Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe	
		§ 3 i. V. m. § 4	Leistungen sollen vorrangig durch anerkannte freie Träger der Jugendhilfe erfüllt werden können.	
		§ 5	Die Leistungsberechtigten haben einen Anspruch zwischen Einrichtungen und Diensten verschiedener Träger zu wählen.	
		§ 8	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	
		§ 8a	Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung	
		§ 35a Abs. 2 Nr.1	Beeinträchtigungsspezifische/behinderungsspezifische Eingliederungshilfe in ambulanter Form	
		§ 36 (3)	Mitwirkung, Hilfeplan	
		§ 41	Hilfen für junge Volljährige	
		§§ 61 - 65	Schutz von Sozialdaten	
		§ 72a	Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen	
		§ 75	Anerkennung der Träger der freien Jugendhilfe	
		§ 77	Vereinbarungen über Kostenübernahme und Qualitätsentwicklung bei ambulanten Leistungen	
		§ 78	Arbeitsgemeinschaften	
		§ 79 (2)	Gesamtverantwortung, Grundausstattung	
		§ 79 und § 85 (1)	Die beeinträchtigungsspezifische/behinderungsspezifische Eingliederungshilfe ist eine	
			Leistung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe.	
		§ 79a	Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung	
		SGB IX	Sozialgesetzbuch 9. Buch	
		1. Teil; Kap. 6	Leistungsformen und Beratung	





beeinträchtigungsspezifische/ behinderungsspezifische Integrationshilfe gem. 35a SGB VIII i. V. m. §§ 112, 113 SGB IX

		1. Teil; § 90	Aufgabe der Eingliederungshilfe	
		2. Teil; §112	Leistungen zur Teilhabe an Bildung	
		2. Teil; §113	Leistungen zur sozialen Teilhabe	
		KKG	Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz	
		§ 4	Beratung und Übermittlung von Informationen durch Geheimnisträger bei	
			Kindeswohlgefährdung	
3.	Adressaten der Leistung	_	sich an junge Menschen, die von einer (drohenden) seelischen Beeinträchtigung/ Behinderung	
			III betroffen sind, die eine Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft oder eine Teilhabe an Bildung	
			eren enge Bezugspersonen im familiären und sozialen Umfeld.	
4.	Ziel der Leistung		achtigungsspezifischen/ behinderungsspezifischen Integrationshilfe ist es, die gleichberechtigte	
			Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen.	
5.	Inhaltlicher Umfang der Bei Bedarf kann ein pädagogisch- diagnostisches Verfahren vorangestellt zur Erstellung eines pädagogisch-			
Leistung Förderplanes werden.				
		Beeinträchtigungsspezifische/ behinderungsspezifische Integrationshilfe kann autismusspezifische Förderung und		
		Beratung, integrative Lerntherapie oder vergleichbare Angebote beinhalten.		
		Förderung der jungen Menschen kann in folgenden Bereichen unter Verwendung unterschiedlicher Methoden		
		erfolgen		
		- Beziehungsfähigkeit		
		- Soziale Kompetenz/ Interaktion		
		- Kommunikation und Sprache		
		- Motorik		
		HandlungskompetenzWahrnehmung und Wahrnehmungsverarbeitung		
		- Kognition		
		- Emotion		
			nktionen und Alltagskompetenz	
		- herausfordernde Verhaltensweisen		





beeinträchtigungsspezifische/ behinderungsspezifische Integrationshilfe gem. 35a SGB VIII i. V. m. §§ 112, 113 SGB IX

		Die Integrationshilfe kann unter Zusammenwirken mehrerer Beteiligter erfolgen, wenn die Methodik und Bedarfe dies erfordern.
		Die engen Bezugspersonen im sozialen und familiären Umfeld werden durch verschiedene Beratungsmethoden entlastet, befähigt und aufgeklärt.
6.	Grundsätze der Arbeit	Die Arbeit basiert auf folgender Grundhaltung:
		Ressourcenorientierung, Sozialraumorientierung, Lösungsorientierung, Bedarfsorientierung, Loyalität, Gleichstellung, Interdisziplinarität, Wertschätzung, Lebensweltorientierung und Transparenz gegenüber dem jungen Menschen und
		deren enge Bezugspersonen im familiären und sozialen Umfeld.
_		Die Fachkräfte arbeiten auf Basis wissenschaftlich fundierter Methoden.
7.	Dauer der Leistung	Die Dauer der Leistung richtet sich nach dem Bedarf des jungen Menschen und den Festlegungen in der Hilfeplanung und der individuellen Förderplanung.
8.	Rahmenbedingungen der Leistung (Strukturqualität)	
	zeitliche Rahmenbedingungen	Für jeden jungen Menschen wird individuell ein Kontingent (wöchentlich, monatlich oder halbjährlich) von Fachleistungsstunden (FLS) auf der Grundlage der aktuellen Hilfeplanung/ Förderplanung unter Benennung der jeweiligen Fachkräfte festgelegt.
		Mit Fortschreibung des Hilfeplans/ Förderplans erfolgt die Neufestsetzung der Fachleistungsstunden. Eine Übertragung der Fachleistungsstunden in den neuen (Hilfe-) Planungszeitraum ist nicht möglich. Die Fachleistungsstunden werden in der Regel von Montag bis Freitag geleistet.
		Die Fachleistungsstunde umfasst 60 Minuten klientenbezogene Arbeit, sie beinhaltet: - Kontakte zu den Klienten - Kontakte zu relevanten Personen/ Institutionen zur Umsetzung der Ziele des Hilfeplans/ Förderplanes - Führen des Leistungsnachweises (täglich, monatlich) - Hilfeplangespräche/ Teilhabeplanungsgespräche/ Förderplanungsgespräche/ Helferkonferenzen - Erstellen des Förderplans





beeinträchtigungsspezifische/ behinderungsspezifische Integrationshilfe gem. 35a SGB VIII i. V. m. §§ 112, 113 SGB IX

im Landkreis Dahme-Spreewald

- Verfassen von Zwischen- und Abschlussberichten; Erstellung des Berichtes zum Hilfeplan/ Teilhabeplanverfahren (1 FLS je Bericht)
- Wahrnehmung des Schutzauftrags nach § 8a SGB VIII
- Führen des Leistungsnachweises (zusammenfassend am Ende des Monats)

Darüber hinaus beinhaltet das Entgelt der Fachleistungsstunde folgende Leistungen:

- Teamsitzungen/ fachlicher Austausch mit weiteren Fachkräften
- Laufende Dokumentation (Prozessverlauf Stichpunkte)
- Supervisionen
- Wahrnehmung des Schutzauftrags nach § 8a SGB VIII insoweit erfahrene Fachkraft

Bei aufsuchenden Leistungsformen wird eine Fahrkostenpauschale gewährt.

personelle Rahmenbedingungen In der beeinträchtigungsspezifischen/ behinderungsspezifischen Integrationshilfe arbeiten Fachkräfte mit der Mindestqualifikation:

- Sozialarbeiter/ -in oder Sozialpädagog/ -in
- gleichwertige Fachhochschul-/ Hochschulabschlüsse wie Erziehungswissenschaftler/ -innen,
 Rehabilitationspädagog/ -innen, Diplompädagog/ -innen, Kinder- und Jugendpsychotherapeut/ -innen,
 Psycholog/ -innen, Rehabilitationspsycholog/ innen, Sonderpädagog/ -innen,
- andere pädagogische oder therapeutische Berufsgruppen mit pädagogischer oder therapeutischer Berufserfahrung und Qualifizierungsmaßnahme im Störungsbild
- In besonderen Einzelfällen besteht die Möglichkeit des Abschlusses einer Einzelvereinbarung.

Fachkräfte befinden sich in einem festen Anstellungsverhältnis. Je pädagogischer Vollzeitstelle werden dem Träger zusätzlich 2 Stunden pro Woche für fachliche Anleitung und Koordination gewährt.

Fachliche Anleitung/ Koordination:

- Einhaltung des internen Kinderschutzverfahrens
- Fallbearbeitung entsprechend der Zielvereinbarung der Hilfeplanung (z.B. Teamberatungen, Supervision)





beeinträchtigungsspezifische/ behinderungsspezifische Integrationshilfe gem. 35a SGB VIII i. V. m. §§ 112, 113 SGB IX

 konzeptionelle und personelle Entwicklung Unterstützung in Krisensituationen fachliche Bewertung und Zuteilung der eingegangenen Aufträge Planung des Personaleinsatzes (Krankheits- und Urlaubsvertretung, Beendigung von Hilfen) Der Träger stellt einen Arbeitsplatz zur anteiligen Nutzung für die Fachkraft oder die Möglichkeit des ortsflexiblen Arbeitens zu Verfügung. Ggf. Büro- und EDV-Bedarf	
Zusätzliche Leistungen sind durch Personensorgenberechtigte bzw. durch Anspruchsberechtigte gesondert zu beantragen.	
Struktur- und Prozessqualität Gewährleistung der zeitlichen, personellen und materiell-sächlichen Rahmenbedingungen konzeptionelle und fachliche Überprüfung und gegebenenfalls Fortschreibung der trägereigenen Konzepte alle zwei Jahre konzeptionelle und fachliche Überprüfung und gegebenenfalls Fortschreibung der trägereigenen Leistungsbeschreibungen alle zwei Jahre Personalentwicklung (Einarbeitung, Fort- und Weiterbildung, Personalführung, Teamentwicklung, Teambesprechung) Fallsupervisionen bei Bedarf Dokumentation (prozessentwickelnde Dokumentation je Einzelfall, Leistungsnachweise, Entwicklungsplan vor Hilfeplanverfahren) Beteiligungs- und Beschwerdeverfahren Wahrnehmung Schutzauftrag gemäß § 8a SGB VIII (internes Verfahren KWG, jährlicher Nachweis jeder Fachkraft zur Kenntnisnahme des Prozesses) Krisenmanagement zur Bewältigung von unvorhergesehenen, zeitlich begrenzten Änderungen im Verlauf nach Hilfeeinsatz zur bekannten Problematik z.B. durch den Tod eines Familienmitgliedes, pandemische	





beeinträchtigungsspezifische/ behinderungsspezifische Integrationshilfe gem. 35a SGB VIII i. V. m. §§ 112, 113 SGB IX

 Entwicklung eines (Gewalt-) Schutzkonzeptes/ Etablierung eines grenzachtenden Umganges analog der notwendigen Schutzkonzeption gem. § 45 Abs. 2 Nr. 4 SGB VIII für stationäre Einrichtungen der Jugendhilfe Vernetzung im Sozialraum
- Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe (AG 78, Jugendhilfeplanung, Qualitätsdialog)
Ergebnisqualität
- Fallbezogene Überprüfung Zielerreichung im Hilfeplan
- Interne Reflektion der Leistung zum Hilfebeginn/ Leistungserbringung in Fallberatung
- Erstellung eines Sachberichtes alle zwei Jahre (Orientierung am Raster für Sachstandsberichte des LDS)
- Qualitätsdialog (Auswertung Sachbericht, Entwicklung abgestimmtes Qualitätsverständnis)